



Bericht aus Berlin von Angelika Krüger-Leißner, MdB

21.05.2010



**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,**

in dieser Woche kann ich nur über ein Thema schreiben, das alles andere in den Hintergrund drängt. So schwierige Fragen wie z.B. „**Wie geht es weiter mit dem Euro?**“, „**Haben wir überhaupt noch Einfluss auf den Finanz- und Wirtschaftsmarkt in der Zukunft?**“ waren zu klären und zu entscheiden. In der Fraktion hatten wir **Bundeskanzler Werner Feymann (SPÖ)** zu Gast. Schon seine Ankündigung hat bewirkt, dass die Kanzlerin aus ihrer Isolierung herauskam und eine Kehrtwende gemacht hat. Österreich hat in der EU zum Thema Eurokrise die Meinungsführerschaft übernommen, die eigentlich Deutschland innehaben müsste. Aber die Kanzlerin hat ja nicht gehandelt. Zu den Debatten der Woche und der heutigen Entscheidung schreibe ich ausführlicher.

Ich kann Euch allen außerdem ein **Angebot** machen. Ich halte dieses Thema für die nächste Zeit für so wichtig, dass ich unseren **haushaltspolitischen Sprecher Carsten Schneider** in den Wahlkreis eingeladen habe. Er war bei allen Besprechungen dabei und hat viel Kenntnis über die weltweiten Zusammenhänge dieser Prozesse. Der Termin wird im Juni stattfinden. Ich möchte die Details aber noch mit dem Unterbezirk und dessen Vorsitzenden **Thomas Günther** abstimmen. Ich glaube, dass kann ein interessanter Abend werden, der uns hilft, die Vorgänge etwas besser zu verstehen.

In diesem Sinne zunächst wunderschöne Pfingsten mit Sonne und Fröhlichkeit

Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Europa in der Krise - Rettungsschirm für den Euro - Regierung handlungsunfähig

1. Europa in der Krise – Rettungsschirm für den Euro – Regierung handlungsunfähig
1.1 Zur Lage
1.2 Unsere Entscheidung
2. Termine

1.1 Zur Lage

Uns muss bewusst sein, dass wir derzeit die **3. Welle der Krise**, die 2008 auf den Finanzmärkten begann, erleben.

Zuerst drohte der Zusammenbruch des Finanzsektors.

Darauf folgte der schärfste Einbruch des Wachstums in der Nachkriegszeit.

Jetzt geht es um die Handlungsfähigkeit der Staaten und um den Zusammenhalt Europas.

Binnen weniger Monate ist die Finanzkrise Griechenlands zu einer Gefahr für die Eurozone und zum drohenden

Vertrauensverlust in die europäische Einigung geworden.

Zugleich erleben wir, wie die **Regierung Merkel** in den zurückliegenden Monaten auf dramatische Weise versagt hat. Sie hat Entscheidungen verschleppt und verschleiert. Sie hat auf europäischer Ebene rasche und wirksame Antikrisenmaßnahmen ausgebremst. Und sie hat Parlament und Öffentlichkeit in Deutschland zu täuschen versucht. Nicht nur die SPD hat von ihr frühzeitige Informationen und notwendige Entscheidungsvorlagen gefordert.

Auch der Vorsitzende der Eurogruppe, **Jean-Claude Juncker**, IWF-Chef **Strauss-Kahn**, EU-Kommissionspräsident **Barroso**, Währungskommissar **Rehn** und europäische Partner wie Österreich haben von der Bundesregierung schnelle Entscheidungen gefordert, um Spekulationen gegen den Euro eindämmen zu können.

Merkel wollte aber unangenehme Wahrheiten nicht vor den NRW-Wahlen haben.

Die Folgen sind dramatisch, vor allem für unser Ansehen und den Einfluss Deutschlands in Europa. Sie selbst wird gejagt von der FDP, ihrer eigenen Partei, der Opposition und der Finanzlobby.

Deutschland muss für ihr gefährliches Spiel einen hohen Preis zahlen. Wäre sie früher bereit gewesen zu handeln, hätten wir Milliarden sparen können.

Am **7. Mai** hat der Deutsche Bundestag über eine **Kreditemächtigung von 22,4 Mrd. €** beraten.



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

21.05.2010



Unsere Frage, ob noch weitere Belastungen auf die deutschen Steuerzahler zukommen, wurde von der Regierungskoalition mit Empörung zurückgewiesen: „Keinen Cent mehr!“, rief der **FDP Haushaltspoliti-ker Fricke**.

Schon Stunden später begannen in Brüssel die Verhandlungen um ein vielfach größeres Rettungspaket: **750 Mrd. €**.

Am **11. Mai** beschloss das Kabinett, eine Bürgschaft für den Kredit von **147 Mrd. €**.

Auch in der heutigen Debatte konnte die Regierung nicht aufklären wie es dazu kam.

Es gibt nur 2 Erklärungen:

Entweder wusste die Bundesregierung schon am 7. Mai was kommt, und hat den Bundestag belogen.

Oder: Merkel ist ahnungslos nach Brüssel gefahren und wurde von den Entwicklungen überrollt. Am Ende wurde nicht nur ohne Deutschland entschieden, sondern auch gegen Deutschland.

Damit hat sie so viel Vertrauen verspielt, dass wir unsere Entscheidung zur Abstimmung davon abhängig gemacht haben, ob ihren Worten auch Taten folgen.

1.2 Unsere Entscheidung

Die heutige Entscheidung über die Freigabe einer Kreditbürgschaft über **147 Mrd. €** sollte verbunden werden mit einer bindenden Aussage schwarz auf weiß. **Unsere Forderung**, dass sich die Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene aktiv für die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** sowie für **schärfere Finanzmarktregeln** einsetzt, ist nicht erfüllt worden.

Wir haben uns enthalten.

Den Weg der reinen Kreditbewilligung konnten wir nicht mitgehen, da die Folgen auf der Hand liegen. Wir brauchen eine Beteiligung der Banken an den Kosten und nicht die Abwälzung auf die Steuerzahler. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Spekulationen. Und wir müssen denen das Handwerk legen, die sich Europa zur Beute machen wollen.

Die Finanztransaktionssteuer wäre leicht einzuführen haben die Experten gesagt. Wenn wir jede Spekulation selbst besteuern, dann trifft es die Richtigen.

Unsere Entscheidung ist nicht gegen Europa gerichtet, wie Westerwelle uns entgegen geschrien hat.

Aber wir wollen ein anderes Europa als Merkel und Westerwelle, denn: Europa ist mehr als ein Markt.

Europa macht nur Sinn, wenn es ein starkes, soziales und demokratisches Europa ist.

Ein Europa für die Bürgerinnen und Bürger, nicht für gewissenlose Spekulanten. Darum müssen wir auf unsere Forderungen bestehen.

Wir brauchen keine Absichtserklärungen, sondern entschlossenes politisches Handeln.

5. Termine

Montag, 24.05.2010:

11.00: AKL beim „Tag der offenen Tür“ in der Mönchmühle in Mühlenbeck

Donnerstag, 27.05.2010:

10.00: Arbeitsbesuch im Kino „ALA“ in Falkensee zur Kinoa-digitalisierung

12.00: Gespräch mit Pfarrer Schmidt im Kirchenkreis zum Denkmalschutz in Falkensee

14.30: Besuch des Mehrgenerationenhauses Zehdenick

Freitag, 28.05.2010:

Einladung einer Besuchergruppe nach Berlin

10.30: Willy-Brandt-Haus

16.00: Deutscher Bundestag

Samstag, 29.05.2010:

11.30: AKL bei der Eröffnung des Ausbildungs- und Fahrsicherheitszentrums der TÜV Rheinland Akademie in Lehnitz

14.00: AKL bei ihrer Besuchergruppe in Berlin

Montag/Dienstag, 31.05./01.06.2010:

Vergabekommission der FFA

Montag, 07.06.2010:

12.00-15.00: Anhörung zur Jobcenter-Reform (eingeladen: Dennis Granzow und Herr Schulz)

Dienstag, 08.06.2010:

Arbeitsgespräch mit Sigmar Gabriel, Willy-Brandt-Haus

Freitag, 11.06.2010:

Lady's Day im Deutschen Bundestag

Samstag, 12.06.2010:

AKL beim Landesparteitag in Velten